

# **Aktion des Bundesarbeitskreises Spielbanken im Rahmen seiner Sitzung in Travemünde zur Sicherung der Standorte Westerland und Travemünde**

Anlässlich seiner Sitzung in Travemünde, am Standort der Traditionsspielbank führten die Mitglieder des Bundesarbeitskreises Spielbanken und die Beschäftigten aus Spielbanken in Schleswig-Holstein den Beginn einer Aktion unter dem Motto: „Aufbruch und Aufbau-statt Abwickeln und Ausfegen“ durch, so Bernhard Stracke von der Bundeskoordinierung Spielbanken.

Die dramatische Zuspitzung im Casino Travemünde und die wiederholte angedrohte Schließung der Spielbank Westerland zum Jahresende verlangen eine schonungslose Analyse der Betreiberpolitik in Schleswig-Holstein und der teilweise nicht wahrgenommene Verantwortung der zuständigen Ministerien, so Horst Jaguttis, Vorsitzender des Bundesarbeitskreises. Beide Häuser haben keine Zeit zu verlieren, Darstellungsverluste in der Vergangenheit zu korrigieren. Einbrüche von 28% beim Bruttoeinspielergebnis (BSE = Einsätze der Gäste minus Gewinne), 34 % Besucherrückgang, 45 % Einbuße beim Tronc (Trinkgeldtopf der Gäste zur Bezahlung der Beschäftigten), und 40 % Nettoverlust bei den Gehältern in der Spielbank Travemünde sprechen eine deutliche Sprache, so Jaguttis.

Obwohl die Beschäftigten in Westerland im letzten Jahr auf Gehalt von knapp 20 % verzichtet haben, so Raimund Mesmer, Betriebsrat bei der Spielbank in Westerland, droht ihnen schon

wieder die Schließung der Spielbank. Dies ist unverantwortlich und unverständlich, so Mesmer. Das Konzept der Geschäftsleitung, die im Jahre 1997 die Spielbanken in Schleswig-Holstein übernommen hat, ist gescheitert, so Jaguttis. Der Betreiber vernachlässigt sein Kerngeschäft, das Lebendspiel und investiert nur noch in das Automatenspiel. Dadurch kommt er seiner Verpflichtung, der Einhaltung des ordnungspolitischen Auftrages nicht mehr nach, so Jaguttis. Beim ordnungspolitischen Auftrag geht es um die Eindämmung des illegalen Glücksspiels und dem nicht zu unterdrückenden Spieltrieb der Menschen staatlich überwachte Betätigungsmöglichkeiten zu verschaffen und daher die natürliche Spielleidenschaft vor strafbarer Ausbeutung zu schützen.

Ziel der Aktion von ver.di ist eine Neuorientierung des Management und die Schaffung von zeitgemäßen politischen Rahmenbedingungen. Eine weitere Aufgabe muss die Erfüllung der Erwartungshaltung der Gäste unter dem Motto: „Exotisch-Prickelnd-Fair“ sein.



Bernhard Stracke von der Bundeskoordinierung Spielbanken kritisiert, dass in Schleswig-Holstein die Beschäftigten in den Spielbanken keine tarifliche Absicherung ihrer Grundgehälter haben. Dies ist einmalig in der Spielbankbranche in der Bundesrepublik, so Stracke.

Obwohl der Rechnungshof des Landes in seinem Bericht der Betreibergesellschaft einen satten Gewinn hochgerechnet hat,

sind die Leidtragenden der gescheiterten Betreiberpolitik die Beschäftigten. Das Land weigert sich, die nicht mehr zeitgemäße und marktgerechte Spielbanksteuer von 80 % zu senken. Obwohl der Tronc zur Bezahlung der Beschäftigten nicht ausreicht, wird vor der Ausschüttung an die Beschäftigten eine Tronabgabe erhoben, ein unmöglicher Vorgang, so Stracke. Ver.di fordert eine Reduzierung der Abgabe. Der eingesparte Betrag zwischen derzeitiger und künftiger Spielbanksteuer soll zu gleichen Teilen in die Werbung, in Events und Veranstaltungen sowie in eine angemessene Bezahlung der Beschäftigten gesteckt werden.

Ein weiterer Themenschwerpunkt der Sitzung war die Erarbeitung einer Position des Bundesarbeitskreises zum Thema Internetspiel. Zu diesem Thema erwarten die Mitglieder des Bundesarbeitskreises, dass die Spielbankbetreiber endlich in gemeinsame Gespräche eintreten, damit die Beschäftigten und ihre Fachgewerkschaft ver.di in den Prozess bei der Einführung eines bundesweiten Internetauftrittes der Spielbanken einbezogen werden.

Zum AutomatenSpiel und dem automatisierten Roulettespiel hat der Bundesarbeitskreis ein Positionspapier beraten und verabschiedet, so der zuständige Gewerkschaftssekretär, Bernhard Stracke.

Das Herkunftslandprinzip bei der geplanten Dienstleistungsrichtlinie der europäischen Union wurde abgelehnt. Mitglieder des Bundesarbeitskreises werden sich an der Demonstration der europäischen Gewerkschaften am 19.03.2005 in Brüssel beteiligen.

V.i.S.d.P: Bernhard Stracke, ver.di Bezirk Rhein-Nahe-Hunsrück,